

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Die Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Vorstand)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Verbandsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4728.

Nr. 28.

Berlin, Sonnabend, 21. März 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Ein Wort für unsere Jugendorganisation. —
Bodenproblem und Staatswohl. — Submissionswesen
und Arbeiterinteressen. — Allgemeine Rundschau. —
Gewerksvereins-Zeile. — Verbands-Zeile. — Anzeigen.

Ein Wort

für unsere Jugendorganisation.

Seit einigen Jahren wird um die deutsche Jugend ein Kampf geführt, der am besten erkennen läßt, welche hohe Bedeutung man der Gewinnung der Jugend beilegt. Das ist ja auch natürlich. Wer sich einen Nachwuchs sichern will, der muß heutzutage darauf bedacht sein, das heranwachsende Geschlecht für seine Bestrebungen zu interessieren. Staat und Kirche, politische Parteien und gewerkschaftliche Organisationen bemühen sich, die Jugend für ihre Zwecke zu gewinnen. Selbstverständlich konnten die Deutschen Gewerksvereine nicht tatenlos beiseite stehen. Auch sie mußten auf Mittel und Wege sinnen, die jungen Leute für sich zu interessieren, sollten nicht die Konkurrenzorganisationen das Feld kampflos besetzen.

Für eine Vereinigung wie die Deutschen Gewerksvereine bietet die Gewinnung der Jugend besondere Schwierigkeiten. Da wir uns weder von einer politischen Partei, noch von irgend einer kirchlichen Instanz dreinreden lassen, so finden wir auch nirgends diejenige Unterstützung, deren sich andere Richtungen zu erfreuen haben. Wir sind auf unsere eigene Kraft angewiesen. Aus unsern Reihen müssen die Männer entstehen, die die Jugendabteilungen leiten und für unsere Bestrebungen erziehen sollen. Das ist keine leichte Aufgabe für einen Menschen, der sich tagaus, tagein in der Werkstatt herumdrücken muß, der froh ist, wenn er nach getaner Arbeit sich einige Stunden der Erholung gönnen kann. Es ist ein hohes Maß von Idealismus voraus, wenn jemand die Leitung einer Jugendabteilung übernimmt und sich ihr regelmäßig widmet. Dabei ist es mit dem guten Willen allein auch noch nicht einmal getan. Es gehören auch Fähigkeiten dazu, die man sich nicht aneignen kann, sondern die sozusagen angeboren sein müssen, um das Vertrauen und die Anhänglichkeit der jungen Leute zu gewinnen und zu erhalten. Wenn es uns gelungen ist, diese Schwierigkeiten dank der Opferfreudigkeit und Hingabe einiger Kollegen zu überwinden, so kann uns das nur zur Ehre gereichen. Wir sind uns auch bewußt, daß diese Schwierigkeiten immer und immer wieder sich bemerkbar machen werden, hoffen aber, daß sich überall und zu jeder Zeit auch Kollegen finden werden, die in richtiger Würdigung ihrer hohen Aufgabe, gern das mühselige und verantwortungsvolle Amt eines Jugendabteilungsleiters übernehmen.

Soll aber die Mühe nicht vergeblich aufgewandt sein, dann müssen auch die Gewerksvereine selbst etwas tun. Geredet worden ist genug, daß wir uns der Jugend annehmen sollen, und Kritik an dem, was geleistet worden ist, hat man auch genug gehört. Nur daran hat es gefehlt, daß man selbst an dem Werke mitarbeitete. Damit aber ist der Jugendorganisation nicht gebietet. Tätige Mitarbeit muß geleistet werden, wenn wir vorwärts kommen und nicht hinter den andern Organisationen zurückbleiben wollen. Deshalb richten wir an die Kollegen, und namentlich an die jüngeren, den eindringlichen Appell, sich mehr als bisher unserer Jugendbewegung zu widmen, die passive Mitgliedschaft zu erwasen und sich auch an den Zusammenkünften und sonstigen Ver-

anstaltungen zu beteiligen, schon damit die jungen Leute sehen, daß ihrer Bewegung auch von den älteren Beachtung geschenkt wird.

Was uns voranläßt, gerade heute diese Frage anzuschneiden, ist folgendes: In aller nächster Zeit finden zahlreiche Delegiertentage von Gewerksvereinen statt. Alle dienen auch dem Zwecke, Mittel zu finden, um die Agitation energischer betreiben und die Mitgliederzahl schneller vermehren zu können. Da soll man auch an die Jugendbewegung denken. Man soll wie dies erfreulicherweise ja auch bisher gesehen ist, der Jugendbewegung nach Kräften Mittel zur Verfügung stellen, man soll ihr aber auch etwas Werkkraft dadurch verleihen, daß man den jungen Leuten beim Uebertritt aus der Jugendorganisation in den Gewerksverein gewisse Vorrechte einräumt, indem man z. B. auf ein besonderes Eintrittsgeld verzichtet und die Mitgliedschaft in der Jugendabteilung oder wenigstens einen Teil derselben auf die Karenzzeit anrechnen. Einige Gewerksvereine haben diesen Wünschen bereits Rechnung getragen; es könnte aber noch weit mehr geschehen, und deshalb sprechen wir die Hoffnung aus, daß die bevorstehenden Tagungen ihr Teil mit dazu beitragen, unsere Jugendbewegung zu fördern.

Aber man soll sich nicht immer auf die Hauptvorstände verlassen. Jeder einzelne muß die Jugendbewegung vorwärts zu bringen suchen. Niemals aber ist die Zeit günstiger gewesen als gerade jetzt. Hunderttausende von Kindern verlassen zu Ostern die Schule, um sich einen Beruf für das Leben zu suchen. In ganz andere Verhältnisse kommen sie hinein. Die freundschaftlichen Beziehungen, die sie bisher von der Schule aus gehabt haben, werden meistens zerfallen. Die jungen Leute suchen und finden anderen Anschluß. Es geschieht dies in dem Alter der stärksten Entwicklung, in dem der jugendliche Körper allen möglichen Versuchungen ausgesetzt ist. Die Schule übt nicht mehr wie bisher eine gewisse Aufsicht aus, so daß auch sonst der heranwachsende Mensch viel mehr Gefahren ausgesetzt ist. Allen weiter blickenden Eltern muß daran gelegen sein, daß ihre Kinder in Gesellschaft kommen, in der sie zum Guten angehalten werden, in der für ihre geistige und körperliche Ausbildung in vorbildlicher Weise geforgt wird. Das kann in unsern Jugendabteilungen geschehen, wenn dieselben von allen Seiten wirksam unterstützt werden, wenn insbesondere die Gewerksvereine selbst ihre Kinder den Jugendabteilungen zuführen. Wie viele haben das bisher veräußert! Es gibt sicherlich eine Menge Kollegen, denen noch gar nicht einmal der Gedanke gekommen ist, daß sie verpflichtet sind, ihre aus der Schule kommenden Kinder der Jugendabteilung der Gewerksvereine zuzuführen. Sie müssen an ihre Pflicht erinnern werden. Andere haben wohl schon daran gedacht, aber aus irgend welchen persönlichen Gründen es unterlassen, ihr Kind in unsere Jugendabteilung zu schicken. Auch sie müssen im Interesse unserer guten Sache ihre Vorurteile ablegen. Kurzum: die Schulentlassung muß benutzt werden zu einer energischen Agitation für unsere Jugendbewegung. Diejenigen Kollegen, die von ihrer Notwendigkeit durchdrungen sind, müssen insbesondere ihr Augenmerk darauf richten, daß die nach dieser Richtung hin indifferenten Kollegen zur Pflichterfüllung angehalten werden, und dafür sorgen, daß ihre Kinder der Jugendabteilung beitreten. Wird in dem alten Schlandrian fortgefahren, dann verlieren auch die bis jetzt noch eifrigen Kollegen die Lust und Liebe

zur Sache, dann besteht die Gefahr, daß unsere Jugendbewegung wieder einsinkt, und daß es der Gewerksvereinsbewegung an einem tüchtigen, zielbewußt erzogenen Nachwuchs fehlt. Wer für die Stärkung unserer Jugendorganisation arbeitet, der wirkt auch gleichzeitig für die Sache der Deutschen Gewerksvereine.

Bodenproblem und Staatswohl.

Immer mehr bricht sich in allen Kreisen der Bevölkerung Deutschlands die Erkenntnis Bahn, daß städtische Arbeitslosigkeit auf der einen und Landflucht und Heranziehen ausländischer Saisonarbeiter auf der andern Seite die Zukunft des Deutschen Reiches schwer bedrohende Erscheinungen sind. Da mag es dahingestellt bleiben, ob der Lockruf der Städte oder die mangelhafte Versorgung der Arbeiterfamilien auf dem Lande daran schuld ist; denn das maßgebende sind die Ursachen und nicht der Streit und die gegenseitigen Vorwürfe der Parteien über die Schuldfrage. Man denke doch nur an die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland und frage sich dann, was aus unserer Landwirtschaft werden soll! Darum ist eine energische innere Kolonisation des Ostens, wie sie in letzter Zeit immer mehrdrücklicher verlangt wird, eine Staatsnotwendigkeit, freilich mit bodenreformerischen Garantien für dauernden Erfolg!

Nun ist es außerordentlich lehrreich, zu sehen, daß auch England sich immer entschiedener der Lösung des Bodenproblems im Mutterlande zuwendet, weil auch dort die Erkenntnis sich immer mehr Bahn bricht, daß die Latifundienwirtschaft der Landlords die Zukunft des Staates auf schwerste bedroht. Es ist bezeichnend, daß die leitenden Staatsmänner Englands, wie Campbell Bannerman, Asquith und vor allem Lloyd George ausgeprochene Bodenreformer sind, die sich ihrer Pflicht voll bewußt sind, das Staatswohl höher einzuschätzen als das Privatinteresse der englischen Bodenmonopolisten. Es soll hier nur auf den englischen Schatzkanzler Lloyd George besonders hingewiesen werden, dessen überaus lehrreichen und aufsehen erregenden Reden über das Bodenproblem in Stadt und Land von Oktober und November vorigen Jahres nun in einer vorzüglichen deutschen Uebersetzung von Paul Selbke, herausgegeben und mit einem Geleitwort versehen von Legationsrat Dr. A. v. Schömerin, soeben im Verlage der Bodenreform, Berlin, Vestingstraße 11 erschienen und zum Preise von 1.— Mk. zu beziehen sind. Im Geleitwort gibt der Herausgeber eine gedrängte orientierende Uebersicht über die Entwicklung der Bodenreformbewegung in England. Und wenn daraus auch ohne weiteres hervorgeht, daß die Verhältnisse in England wesentlich anders liegen als bei uns, so handelt es sich hüben wie drüben um die Lösung des großen Bodenproblems im Interesse des Staates.

Wir ersehen aus den Reden Lloyd Georges, daß es in England vor allem ebenfalls eine Landflucht gibt wie bei uns, nur noch im verstärkten Maße. So führt er z. B. an:

„Ich lenkte in meiner Rede die Aufmerksamkeit vor allem auf die Tatsache, daß Deutschland 10 Millionen auf dem Lande beschäftigt, Frankreich mit seiner kleineren Bevölkerungsziffer 9 Millionen, während wir nur 1½ Millionen auf dem Lande beschäftigen. Während der letzten 60 Jahre hat sich unser Volk verdoppelt, aber in dem gleichen Zeitraum ist die Zahl der Personen, die dem gesunden, größten und produktivsten aller Berufe beschäftigt sind, um 800 000 zurückgegangen. Die Zahl der Wildgüter hat sich aber inzwischen annähernd verdreifacht.“

Die Rohndrucker in den Städten, das Wohnungselend in den berichtigten englischen Slums, die moralische und gesundheitliche Entartung des Volks in den Industriezentren — für alles dies macht der Schatzkanzler die immer weiter um sich greifende Latifundienwirtschaft der Großgrundbesitzer verantwortlich. Auf dem Lande spotteten die Wohnungsbesitzer jeder Beschreibung, der Pächter müsse sich außerdem den größten Wildschäden gefallen lassen, wenn er nicht seine Bachtelle verlieren will. Das schottische Hochland, früher das Eldorado einer aderfrohen Bevölkerung, hat jetzt nur noch die Jagdgelüste der Landlords auf den menschenleeren Jagdgründen zu befriedigen.

Bedenkt man nun, daß England schon in Anbetracht seiner geographischen Lage nicht inlande ist, ausländische Wanderarbeiter heranzuziehen, und daß der Freihandel dem Lande außerdem die billige Einfuhr von Lebensmitteln gestattet, so begreift man, warum das Land geradezu entvölkert muß, wenn nicht Maßnahmen ergriffen werden, um die innere Kolonisation in großen Maßstäbe zu heben und die Pächter und Wanderarbeiter durch geeignete Gesetze gegen Willkür und Ausbeutung zu schützen, wie die Regierung vorschlägt.

Es ist bezeichnend, daß Legationsrat v. Schwering sein Geleitwort zu den Reden des englischen Ministers mit den Sätzen schließt:

„Auch bei uns sind diese Fragen ernst; Miets-Insernenelend und Arbeitslosigkeit auf der einen Seite, Mangel an Arbeitern auf der andern Seite! Wer sich mit ihnen eingehend beschäftigt, wird finden, daß die tiefsten Wurzeln in einem solchen Bodenrecht zu suchen sind.“

Als deutscher Großgrundbesitzer und Bodenreformer muß ich erklären, daß nur eine organische Bodenreform, zu der bei uns glücklicherweise Anläufe gemacht sind, den drohenden Hebeln abzuwehren vermag.“

Karl Ruhl.

Submissionswesen und Arbeiterinteressen.

Ueber das Submissionswesen ist schon außerordentlich viel gesprochen und geschrieben worden. Immer wieder erscheinen in den Tageszeitungen und in den Fachblättern sogenannte Submissionsblätter, Notizen, die uns erkennen lassen, welche Preisunternehmer bei den Lieferungen und Arbeitsvergaben hervortreten. Meistenteils wird das Submissionswesen nur vom Standpunkt des Arbeitgebers aus betrachtet. Das Submissionswesen ist aber auch von großem Interesse für die Lohnarbeiter und für die Arbeiterorganisationen; denn es ist offensichtlich, daß viele Unternehmer bei ihren Preisfestsetzungen von vornherein damit rechnen, an den Arbeitslöhnen zu „sparen“, die vergebenen Arbeiten nur unter den ungünstigsten Arbeitsverhältnissen herstellen zu lassen.

Nur ist es zwar schon heute vielfach üblich, daß besonders niedrige Angebote nicht berücksichtigt werden, sondern daß ein Unternehmer mit mittleren Preisen die Arbeit erhält. Wer soweit dies geschieht, beruht es nicht auf der Erwägung, daß die in Betracht kommenden Unternehmer die bei ihnen beschäftigten Arbeiter zu schlecht bezahlen, sondern es wird befürchtet, daß bei besonders niedrigen Angeboten schlechte Arbeit geliefert wird, sei es nun, daß nicht ordnungsgemäß gearbeitet wird, sei es, daß zu schlechte Materialien verwendet werden. Daß Staat und Gemeinden, Provinzen und Kreise auch die moralische Verpflichtung haben, für Arbeiten, die für sie ausgeführt werden, ausreichende Löhne zu bezahlen, daran wird kaum gedacht.

Nun können allerdings die Unternehmer auch schon heute in vielen Gewerbszweigen keine Schundlöhne mehr bezahlen, auch nicht bei Arbeiten, die durch Submission vergeben sind; aber dazu haben Staat und Gemeinden nichts beigetragen, sondern dies ist lediglich eine Folge der erstarkten Arbeiterorganisationen, des größeren Solidaritätsgedankens und der gewachsenen Widerstandskraft der Arbeiter. Die Tatsache, daß die Unternehmer heute schon vielfach nicht mehr damit rechnen können, Verluste bei zu billig ausgeführten Arbeiten dadurch wettzumachen, daß sie niedrigere Löhne bezahlen und die sonstigen Arbeitsbedingungen verschlechtern, die Arbeitszeit verlängern und für Ueberstunden keine Zuschläge bezahlen, hat auch schon häufig dahin geführt, daß die Unternehmer bei Submissionsarbeiten vorsichtiger kalkulieren, aber es blieb doch auch Aufgabe aller der Stellen, die Submissionen vergeben, Maßregeln zu ergreifen, die eine Herstellung von öffentlichen Arbeiten zu Schundpreisen unmöglich machen. Derartige Festsetzungen, die wenigstens eine zu krasse Ausbeutung der Arbeiter verhindern, haben wir im

Auslande schon vielfach. Es würde zu viel Raum in Anspruch nehmen, alle die Maßnahmen, die in anderen Ländern, in Nordamerika, Australien, England, Belgien, Frankreich nach dieser Richtung hin getroffen sind, hier anzuführen.

In Deutschland haben wir auch schon einen Anfang in dieser Beziehung. Sehr viele Behörden dürfen nämlich nach den getroffenen Anordnungen ihre Druckaufträge nur an solche Firmen vergeben, die den Buchdruckerartikeln anerkannt haben. Ähnliche Bestimmungen könnten auch noch bei Vergabe anderer Arbeiten vorgeschrieben werden. Das Tarifvertragswesen hat in Deutschland seit zehn Jahren einen starken Aufschwung genommen. Arbeiten doch jetzt in Deutschland bereits mehr als 1½ Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen unter Arbeitsbedingungen, die durch Tarifverträge geregelt sind. Mehr als eine gesetzliche Regelung des Tarifvertragswesens, die schon oft angekündigt worden ist, könnte dem Tarifvertragswesen genützt werden, wenn festgelegt würde, daß öffentliche Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben werden, die die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen für den in Betracht kommenden Ort oder für das betreffende Gewerbe anerkennen. Soweit Tarifverträge nicht existieren oder noch nicht allgemein gelten, könnten auch Festsetzungen getroffen werden, wonach die Unternehmer einen bestimmten Mindestlohn bezahlen und in ihren Betrieben eine bestimmte Höchstarbeitszeit einhalten müssen. In Nordamerika wird z. B. schon häufig vorgeschrieben, daß Lieferungen für Staat und Gemeinden nur bei der achtstündigen Arbeitszeit hergestellt werden dürfen. Auch müssen Mindestlöhne bezahlt werden. Vereinzelt ist in Amerika sogar bestimmt, daß öffentliche Arbeiten nur von organisierten Arbeitern ausgeführt werden dürfen; das ist allerdings bei der Abschließungspolitik vieler amerikanischer Arbeiterorganisationen und bei den hohen Eintrittsgeldern eine sehr zweideutige Bestimmung. Jedenfalls sollte der Frage, inwieweit durch das heutige Submissionswesen die Interessen des Lohnarbeiters verletzt werden, eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Es müßte eine Zeit lang alles Material gesammelt werden, das damit zusammenhängt. Dann gelangt es vielleicht auch, den Gesetzgeber auf diese Angelegenheit aufmerksam zu machen und für einen höheren Schutz des Lohnarbeiters zu gewinnen.

A. M.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 20. März 1914.

Das neue Verbands-Adressenverzeichnis befindet sich im Druck und wird in allernächster Zeit zum Versand gelangen. In einigen Tagen wird jeder Ortsverband eine Bestellkarte erhalten, auf der gemeinsam für die angeschlossenen Ortsvereine die Bestellung auf das Adressenverzeichnis erfolgen soll. Wir ersuchen die Ortsverbandsführer dringend, diese Bestellkarte so schnell wie möglich auszufüllen und an das Verbandsbureau zurückzusenden, damit die Ortsverbände und Ortsvereine recht bald in den Besitz des Verbands-Adressenzeichnisses gelangen. Der Preis beträgt pro Exemplar 20 Pf. Bei der Bestellung muß der Betrag gleich mit eingekandt werden, widrigenfalls die Zusendung per Nachnahme erfolgt.

Der Gewerbeverein der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter tritt am nächsten Sonntag in Düsseldorf zu seiner 12. ordentlichen Generalversammlung zusammen. Die Tagesordnung enthält neben den üblichen Berichten ein Referat des Gewerbevereinsvorsitzenden, Kollegen M u d r a s c h, über: Mitgliederbewegung und Agitation. Auch eine stattliche Reihe von Anträgen steht zur Beratung. Als Vertreter des Zentralrats wird an Stelle des durch Krankheit leider verhinderten Verbandsvorsitzenden der Verbandssekretär, Kollege K e u s t e d t, den Verhandlungen beizuwohnen.

Der Gewerbeverein der Fabrik- und Handarbeiter ist der zweitstärkste Verbandsverein. Mit umso größerer Aufmerksamkeit werden seine Beratungen verfolgt werden. Ueberaus wichtige Entscheidungen sind zu treffen, bei denen sich die Delegierten nicht durch persönliche Rücksichten, sondern einzig und allein durch das Wohl der Gesamtheit leiten lassen dürfen. Dessen werden sich auch die Männer bewußt sein, die getragen vom Vertrauen ihrer Kollegen, nach Düsseldorf entandt werden. Die Verbandsleitung wünscht von ganzem Herzen der Generalversammlung einen recht guten Verlauf. Mögen ihre Beschlüsse so ausfallen, daß der Gewerbeverein nach innen gestärkt und außen vergrößert wird. Mögen sie weiter dazu beitragen, die

Verbandsgemeinschaft zu festigen und damit unsere gemeinschaftliche gute Sache zu fördern!

Die Schaffung eines Staatsarbeiterrechts ist in den letzten Monaten vielfach diskutiert worden. Unser Verbandstag hat sich befaßt mit ebenfall mit der Frage beschäftigt, und auch die Fortschrittliche Volkspartei hat einen ausführlich begründeten Antrag im Reichstage eingebracht. Leider sind die Aussichten auf Verwirklichung recht schlecht. Bei der Beratung seines Etats hat der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach in diesen Tagen eine Erklärung abgegeben, die nach eingehender Beratung mit den beteiligten Ressorts vereinbart worden ist. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Das Arbeitsverhältnis beruht im Gegensatz zum Beamtenverhältnis auf privatrechtlicher Grundlage. Die wichtigsten Bestandteile des Dienstvertrages, nämlich Abmachungen über Arbeitslohn und Auflösung des Vertrages, sind daher der freien Vereinbarung vorbehalten. An diesen Grundlagen muß auch der Staat als Arbeitgeber grundsätzlich festhalten. Staatliche Betriebe, Fabriken und Werkstätten, die ihrer technischen Natur nach einen gewerblichen Charakter haben, fallen unter die Vorherrschaft der Gewerbeordnung, soweit nicht in dieser (§ 6) besondere Ausnahmen vorgegeben sind. Aber auch soweit die vom Staate beschäftigten Arbeiter nicht der Gewerbeordnung unterliegen, sind die in dieser für die Regelung des Arbeitsverhältnisses und Versicherung der Arbeiter getroffenen Bestimmungen in weitem Umfange zum Bestandteil des Dienstvertrages gemacht. Darüber hinaus ist in den Staatsbetrieben vielfach eine in Privatbetrieben im allgemeinen unbekannte Sicherung des Arbeitsverhältnisses eingeführt, indem die Auflösung des Dienstvertrages den annehmenden Stellen in gewissen Fällen ganz entzogen oder, namentlich bei längerer Dienstzeit, an die vorherige Genehmigung vorgelegter Behörden geknüpft ist. Zudem gibt die Möglichkeit der Beschwerde, die bis an die Zentralinstanzen zugelassen ist, den Staatsarbeitern eine Gewähr für die Nachprüfung der von den nachgeordneten Stellen getroffenen Entscheidungen, die den in Privatbetrieben Beschäftigten im allgemeinen nicht zur Seite stehen. Auch die Fürsorge- und Wohlfahrtsanrichtungen gehen in den Staatsbetrieben über das Maß des gesetzlich vorgeschriebenen weit hinaus und übertreffen die der meisten Privatbetriebe erheblich. Endlich erweist sich auch die Kritik der Staatsbehörden durch die Parlamente auf die Verhältnisse der Staatsarbeiter und gibt ihnen einen Schutz, dessen die Privatarbeiter entbehren. Es ist deshalb unzutreffend, daß die Staatsarbeiter ungenügender gestellt seien als die Privatarbeiter. Das gerade Gegenteil ist der Fall, und zwar auch bezüglich derjenigen Staatsarbeiter, welche nicht unter die Gewerbeordnung fallen. Aus der Nichtanwendbarkeit der Gewerbeordnung kann deshalb ein Grund für die Schaffung eines Staatsarbeiterrechts nicht hergeleitet werden. Auch aus der Tatsache, daß die gemeinsame Arbeitsleistung in den Staatsbetrieben nicht zugelassen werden kann, wo dies zu einer Unterbrechung der für die Gesamtheit des Volkes und seine Wohlfahrt notwendigen Dienstbedingungen führen würde, läßt sich ein Grund für eine gesetzliche Regelung des Arbeitsverhältnisses nicht herleiten. Vornehmlich der Staat muß sich, ebenso wie das jedem Privatunternehmer zusteht, das Recht vorbehalten, die Annahme und Beschäftigung von Arbeitern davon abhängig zu machen, daß sie keinen ordnungsfeindlichen Tendenzen huldigen und nicht Verbänden angehören, von denen ihre Bestrebungen und ihr Auftreten zu einer Gefährdung der ungehörigen Aufrechterhaltung der Staatsbetriebe und damit zu einer schweren Schädigung der Volkswohlfahrt führen würden.“

Die Staatsarbeiter werden von dieser Erklärung sehr wenig befriedigt sein. Die Deutschen Gewerbevereine aber werden sich in ihrem Kampfe für ein Staatsarbeiterrecht auch durch diese Erklärung nicht entmutigen lassen, sondern nicht eher ruhen, bis ein zeitgemäßes Staatsarbeiterrecht geschaffen ist. Soffentlich finden sie dabei die Unterstützung der arbeitervreundlichen Parteien, und die Regierung wird schließlich doch gezwungen, ihre ablehnende Haltung aufzugeben.

Einen neuen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auf ihrer ersten Mitgliederversammlung Mitte dieses Monats unternommen. Nach zwei Vorträgen über den Schutz der Arbeitswilligen wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Würde der Gewerkschaften ist, wie die Erfahrungen der letzten Jahre in steigendem Maße lehren, unantastbar geworden. Die bestehenden Gesetze und ihre Handhabungen haben sich dieser Entwürdigung gegenüber als unzulänglich erwiesen. Mit größerer Gemüthsruhe ist der von der Regierung herabgesetzte feste Mißstand zu begründen, den unerwünschten Verhältnissen ein Ende zu machen. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vermag jedoch die Auffassung der Regierung nicht zu teilen, daß die systematische Regelung der Frage des Arbeitswilligen-

schüßes d
neben
Die Ang
auf Jahr
Regierun
habu n
ab m i
führt wei
Da i
feiliche
Zuges
wichtig h
a m m i
positiv
tenden A
Mar
unternon
ordnung
machen
Schafm
bei der i
recht ein
sehen.
sichon zäl
ja erfren
kennen
pläne n
Beretig
unangen
den müß
Arb
bach b.
sicherung
jedwede
Verhalte
gung sch
reicht h
Zühiring
zu gefül
arbeits
Ausfübr
in duft
die Klein
beläuft
etwa 500
Teil in
hat. —
einer T
abgeleh
stehen,
aufbesser
gungdes
und der
schlossen,
Unterstüt
31. Mär
und Um
ter in
bandlung
erfolglos
eine G
3,50 M
Das
ten arg
einzelne
möglich
registrie
gleichmä
läßt err
unser
Zentral
beitr
stika Si
flüst w
solle es
verleib
gemäß
derartig
sichgen
ligen
iden G
traktät
bleiben,
es denn
vordar
lational
läßt fü
einige
gegen

schüßes zweckmäßig erst in Verbindung mit der bevorstehenden Reform des Reichsstrafgesetzbuches erfolgt. Die Angelegenheit ist zu dringend, um sie wiederum auf Jahre hinaus zu vertagen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß in der Zwischenzeit durch die von der Regierung angekündigte schärfere Handhabung strafpolizeilicher Maßnahmen eine durchgreifende Aenderung herbeigeführt werde.

Da die Vereinigung deshalb eine sofortige einheitliche gesetzliche Regelung eines durchgreifenden Schutzes der Arbeitsschlichtigen für unumgänglich notwendig hält, beschließt sie die Einsetzung einer Kommission mit der Aufgabe, zu diesem Zwecke positive Vorschläge zur Fortbildung des geltenden Reichsrechts auszuarbeiten.

Man geht also aufs ganze. Die in Preußen unternommenen Schritte, auf dem Wege der Verordnung das Streikpostenstreiken unmöglich zu machen oder doch zu erschweren, genügen den Scharfmachern nicht, auch nicht die Aussicht, daß bei der Reform des Strafrechts das Koalitionsrecht eingezogen wird. Sofort soll etwas geschehen. Nun, die Herren werden ihre Ungebuld schon zähmen müssen. Der jetzige Reichstag hat ja erfreulicherweise mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß er für solche Scharfmacherpläne nicht zu haben ist. Diese Lasten mag der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände unangenehm sein; sie wird sich aber damit abfinden müssen.

Arbeiterbewegung. Auf der Straße Sassenbach b. Saarbrücken hat die Lage noch eine Verschärfung erfahren, dadurch, daß die Verwaltung jedwede Verhandlung ablehnt. Sie begründet ihr Verhalten damit, daß die Belegschaft die Kündigung schon vor der Straußenausübung eingeleitet habe, die erst über die Forderungen entscheiden sollte. Der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter aber, der sehr erheblich in Betracht kommt, erklärt, daß die Belegschaft habe kündigen müssen, weil die Ausübung erst für den Tag festgelegt war, an dem die neue Arbeitsordnung in Kraft treten sollte. — In den mittel-deutschen Elektrizitätswerken bei Saalfeld in Thüringen sind Differenzen ausgebrochen, die dazu geführt haben, daß beinahe 300 Metallarbeiter ausgesperrt worden sind. — Die Ausperrung in der Solinger Waffenindustrie nimmt ihren Fortgang. Da indessen die kleineren Firmen sich nicht daran beteiligen, beläuft sich die Zahl der Aussperrten nur auf etwa 500, von denen aber auch noch ein erheblicher Teil in anderen Betrieben Beschäftigung gefunden hat. — Die Granitarbeiter des Fichtelgebirges befinden sich seit einiger Zeit in einer Tarifbewegung. Die Arbeitgeber haben es abgelehnt, eine allgemeine Lohnerhöhung zuzugestehen, sondern wollen nur einzelne Akkordlöhne aufbessern. Die in Regensburg geführten Einigungsverhandlungen sind ergebnislos verlaufen, und der Verband der Granitindustriellen hat beschlossen, sämtlichen Arbeitern, die nicht durch Unterdruck des bestehenden Tarif anerkennen, zum 31. März zu kündigen. — In Neustadt a. S. und Umgebung sind die Weinbergsarbeiter in den Ausstand getreten, nachdem die Verhandlungen unter dem Vorhitz des Bürgermeisters erfolglos verlaufen waren. Die Arbeiter fordern eine Erhöhung des Tagelohns von 3 Mk. auf 3,50 Mk. und des Akkordlohns um 10 Prozent.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften ärgert sich darüber, daß wir gewissenhaft die einzelnen Vorgänge in dem Gewerkschaftskampf zwischen der Berliner und der Kölner Richtung registriert haben. Das kann uns natürlich herzlich gleichgültig sein, denn ob wir auf jener Seite Beifall ernten oder Mißfallen hervorgerufen, ist für unsere Haltung nicht maßgebend. Daß es dem Zentralblatt recht unangenehm ist, wenn die Arbeiter über die Vorgänge, die sich an die Einzelsingulari quadam angeknüpft haben, aufgeführt werden, ist begreiflich. Aber seinem Unmut sollte es doch in tiefer läppischer Weise Ausdruck verleihen. Weil wir unsere Betrachtungen naturgemäß mit dem Hinweis geschlossen haben, daß derartig peinliche Situationen, wie sie die Christlichen jetzt haben durchmachen müssen, den Deutschen Gewerksvereinen wegen ihrer religiösen Neutralität und politischen Unabhängigkeit erspart bleiben, fragt das christliche Zentralorgan, woran es denn liege, daß die Gewerksvereine nicht so rasch vorwärts gekommen seien wie die anderen Organisationsrichtungen. Im Rahmen einer kurzen Notiz läßt sich diese Frage nicht beantworten. Aber einige Momente wollen wir doch anführen. Außer gegen das Scharfmachertum haben die Gewerksver-

eine in der Arbeiterbewegung den Kampf nach zwei Fronten zu führen. Weiter stehen uns nicht so wirksame Agitatoren zur Seite, wie sie beispielsweise die christlichen Gewerkschaften in den katholischen Geistesfinden. Man denke nur an die Art, wie in den katholischen Arbeitervereinen gegen die Zugehörigkeit zu den Kirch- und Diakonissen-Gewerksvereinen Stimmung gemacht wird. Und dann noch eins! Wir erkennen uns auch nicht der staatlichen Begünstigung, wie sie erst letzten den christlichen Gewerkschaften durch die „Bayerische Staats-Ztg.“ zuteil geworden ist. Und so ließen sich noch manche andere Momente anführen.

Im übrigen haben sich die von den Deutschen Gewerksvereinen vertretenen Grundanschauungen trotz heftigster Gegnerschaft in der gesamten deutschen Arbeiterchaft durchgesetzt. Deshalb sind wir überzeugt, daß auch die Träger dieser Anschauungen demaleinst die Führung in der Deutschen Arbeiterbewegung übernehmen werden.

Ein zutreffendes Urteil über die Gelben fällt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“. Es wird da hingewiesen auf die wirtschaftliche Krise, die nicht nur Not und Elend über zahlreiche Arbeiterfamilien verhängt, sondern auch demoralisierende und zerstückende Wirkungen ausübt. Die Ueberlastung des Arbeitsmarktes, so wird ausgeführt, wird von den Unternehmern dazu benutzt, den Einfluß derjenigen Organisationen zu verringern oder auszuschalten, die es mit der Wahrung der Arbeitsinteressen ernst nehmen. Zu diesem Zwecke werden gelbe Vereine gegründet, „in denen die Schützlinge der Direktion das große Wort führen, und deren Zweck die völlige Freiführung der Arbeiter ist.“ Es wird anerkannt, daß die unabhängigen Organisationen durch Aufklärungsarbeit die Abwanderung in die gelben Vereine zu verhindern suchen. **Weiber aber liegen in manchen Betrieben die Verhältnisse so ungünstig, daß die Arbeiter der Willfür der Vorkleidung vollkommen preisgegeben sind.** Der Gedanke, die organisierten Arbeiter vorübergehend in die gelben Vereine zu schicken, um auch dort ausführend zu wirken, so daß schließlich daraus etwas ganz anderes würde, als die Unternehmer haben wollten, wird von der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ als bedenklich abgelehnt. Man könne nicht in dem einen Betriebe die Gelben bekämpfen und im anderen die Zugehörigkeit zur gleichen Sippe billigen. Deshalb wird zum Schluß mit Recht gesagt:

„Das einzige Mittel gegen den gelben Terror bleibt eine unermüdete Werbetätigkeit für die echten Arbeiterorganisationen und unausgesetztes Streben nach besserer gesellschaftlicher und tariflicher Garantien der Koalitionsfreiheit. Außerdem muß auch die breitere Öffentlichkeit und besonders der Unternehmer darüber aufgeklärt werden, von welcher Qualität die führenden Geister der gelben Bewegung sind. Die Arbeiter, die sich das Querschnitt der Betriebsleitung gut schmecken lassen und an den Interessen ihrer Verfassgenossen Verrat üben, sind unter allen Umständen minderwertige und für jedermann, der Geld in denbeutel tut, zugängliche Kreaturen. Aus diesem Holz werden die Spiegel der Konkurrenzfirmen und die feilen Werkzeuge der Schmiergelberkorruption geschnitten. An solchen Käufen, die sich der Unternehmer selbst in den Hals setzt, erlebt er keine dauernde Freude.“

Wir haben diesem Urteil nicht hinzuzufügen.

Die neuen Tarife der „Deutschen Volksversicherung“. Während die „Deutsche Volksversicherung“ bisher nur Tarife mit 14täglicher Beitragszahlung kannte, sind ihr mit Anfang dieses Monats vom Kaiserlichen Aufsichtsamte für Privatversicherung auch solche mit monatlicher, vierteljährlicher, halbjährlicher und jährlicher Beitragszahlung genehmigt worden. Mit dieser neuen Einrichtung kommt die „Deutsche Volksversicherung“ den Wünschen weitaus meisten Kreise entgegen; denn während die 14tägliche Beitragszahlung im wesentlichen nur den Lebensverhältnissen des industriellen Arbeiters entsprach, gibt die neue Beitragsform auch den Angestellten und Beamten, die ihr Gehalt monatlich oder vierteljährlich erhalten, eine erwünschte Gelegenheit, die Termine der Gehaltszahlung mit denen der Beitragszahlung in Einklang zu bringen. Auch in landwirtschaftlichen Kreisen ist das Bedürfnis nach Tarifen mit langfristiger Beitragszahlung besonders rege gewesen, wie es auch sonst viele Personen gibt, die zu bestimmten Zeiten einmal im Jahre einen größeren Betrag zur Verfügung haben und diesen gern in der Form einer Versicherung gewinnbringend anlegen wollen.

Da bei Tarifen mit langfristiger Beitragszahlung die Kosten des Zinslosens wesentlich geringer werden, so war es möglich, für die gleiche Versicherungssumme entsprechend geringere Beitragsätze, oder für die gleichen Beitragsätze entsprechend höhere Versicherungssummen festzusetzen. Die neuen Tarife entsprechen also durchaus der Forderung, daß jeder Versicherte zu den allgemeinen Geschäftsunkosten nur soviel beitragen soll, wie durch seine Versicherung tatsächlich verursacht werden. Während bei den Versicherungen mit 14 täglicher Beitragszahlung die Versicherungssumme nach dem Betrage bemessen wird, den der Versicherungsnehmer laufend zu zahlen beabsichtigt, werden bei den Versicherungen mit langfristiger Beitragszahlung die Beiträge nach der Versicherungssumme bemessen, auf die sich der Versicherungsnehmer versichern lassen will. Bei den Versicherungen mit monatlicher Beitragszahlung sind beide Möglichkeiten gegeben.

Die „Deutsche Volksversicherung“ hat es sich zum Ziele gesetzt, allen minderbemittelten Kreisen unseres Volkes, ohne Unterschied von Stand und Beruf, die Segnungen der Volksversicherung unter günstigen Bedingungen zugänglich zu machen. Indem sie durch die neuen Tarife den Rahmen ihrer Arbeit erweiterte, ist sie dem gemeinnützigen Ziele, dem sie zutreibt, wieder einen neuen wesentlichen Schritt näher gekommen.

Für den Schutz der Frauen- und Kinderarbeit soll auch in Rußland etwas geschehen. Den gesetzgebenden Körperschaften wird ein Gesetzentwurf unterbreitet werden, der die bisher geltenden Bestimmungen erheblich verschärft. Das niedrigste Zulassungsalter zur gewerblichen Arbeit soll wie bisher 12 Jahre betragen. Bis zum Alter von 15 Jahren werden Kinder nur zugelassen, wenn sie den Elementarunterricht abgeschlossen haben. Frauen und Jugendliche im Alter von weniger als 17 Jahren dürfen nicht mit Untertagsarbeiten beschäftigt werden. Außerdem ist die Beschäftigung von Frauen und von Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren mit Nachtarbeit und mit gesundheits-schädlichen oder gefährlichen Verrichtungen verboten. Kinder im Alter von 12—15 Jahren dürfen höchstens 6 (bisher 8) Stunden am Tage beschäftigt werden. Für Jugendliche zwischen 15 bis 17 Jahren und für Frauen im Alter von mehr als 15 Jahren war bisher die Höchstbauer nicht gesetzlich festgelegt; der Entwurf sieht nunmehr einen Maximalarbeitsstag von 10½ Stunden vor. Der Entwurf verbietet auch die Heranziehung von Minderjährigen zu Ueberzeitarbeit außer in folgenden Fällen: 1. wenn es dringende staatliche oder öffentliche Interessen erheischen, 2. bei drohender Gefahr für Leben und Eigentum, 3. bei Störungen der Versorgung mit Wasser oder Licht, der Kanalisation oder der Verkehrsverbindungen. Der Vollzug der einschlägigen Bestimmungen wird der Fabrik- und Bergaufsichtsbehörde übertragen.

Die Ausbreitung der Bildung in den weitesten Schichten des deutschen Volkes, die für die letzten Jahrzehnte charakteristisch ist, hat ihre unverkennbar starken Lichtseiten, kann aber auch in einer Beziehung verhängnisvoll werden. Sie kann nämlich verflachend wirken, wenn die festen Grundlagen fehlen, jenes elementare Wissen mangelt, das erst tieferes Verständnis und gründliches Können vermittelt. Je besser man z. B. die deutsche Sprache kennen lernt, um so leichter vermag man in die Schönheiten der Literatur einzudringen. Solche Lücken in den elementarsten Kenntnissen sind meist dadurch entstanden, daß der betreffende Wissensschatz von der Volksschule unvollkommen gelehrt worden oder durch Mangel an Übung wieder verloren gegangen ist. Um dem nun abzuhelfen, haben sich in verschiedenen Universitätsstädten Vereine von Studenten, meist unter dem Namen „Unterrichtskurse für Arbeiter“ oder ähnlich gebildet, die Arbeitern und Arbeiterinnen unentgeltlich Unterricht in den Elementarfächern die Deutsch, Rechnen, Schreiben usw. erteilen und jetzt im Verbands akademischer Unterrichtskurse Deutschlands“ zusammengeschlossen sind. Die Beschränkung auf die Elementarfächer, die Sektionen der Vereine und die bisherigen Erfahrungen lassen zu unserer Freude erkennen, daß die Vereine politisch und religiös auf einem völlig neutralen Standpunkte stehen und sich jeder Einmischung in Weltanschauungsfragen streng enthalten.

Andererseits hat das rege Interesse, das die Arbeiter an den durchaus nicht reinlosen elemen-

tarfächern nehmen, ein stetiges Untuchen der Verhältnisse der Kurie zur Folge gehabt. Wir weisen schließlich noch auf den Nutzen hin, den neben dem Vorteil für die einzelnen das gemeinsame Zusammenarbeiten von Arbeitern und Studenten für beide Teile hat; die gegenseitige Kenntnis auf Grund eigener Anschauung wird manche vorgefasste irrtümliche Meinung gründlich kurieren. Wir können daher unseren Mitgliedern die Benutzung dieser Unterrichtsstufe dringend empfehlen. Der Unterricht beginnt überall Ende April cr. wieder.

Die 515. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 22. März, abends 7 Uhr im Konzertsaal der Königl. Hochschule für Musik, Hardenbergstr. statt. Es werden mitwirken: Der Erfolge Männer-Gesangverein unter Leitung des Herrn Prof. Wang, ferner Fräulein Gertrud Friede (Solo-Gesang) und Fräulein Margarete Franckenstein (Rezitation).

Gewerkevereins-Teil.

Schramberg. Der Ortsverband Schramberg und Umgebung hatte im Januar einen Antrag an die Stadtgemeinde Schramberg und Gemeinde Rauterbach um Einführung einer Arbeitslosenversicherung gestellt. Im auch in der Öffentlichkeit die Berechtigung dieses Antrages darzutun, fanden am 7. und 8. März an beiden Orten öffentliche Gewerkevereinsversammlungen statt, in denen der Kollege Barnholt-Ilm über die Arbeitslosenversicherung referierte. Der Referent vertrat die Interessen der Arbeiter und die Notwendigkeit einer solchen Fürsorge anschaulich vor Augen zu führen und erzielte für seine Darlegungen reichen Beifall. In der Schramberger Versammlung sprach sich auch der Stadtschultheiß sehr sympathisch für die Arbeitslosenversicherung aus und stellte in Aussicht, daß höchstwahrscheinlich schon bei der nächsten Etatsberatung ein Betrag von 1000 Mk. für den Zweck der Arbeitslosenversicherung gefordert werde.

Die christlichen Gewerkschaften haben ebenfalls einen diesbezüglichen Antrag an die Stadtgemeinde gestellt, während die sozialdemokratischen Gewerkschaften sich mit einer öffentlichen Versammlung begnügten. Man wollte nur etwas Rärm schlagen; von praktischer Arbeit hat man abgesehen. Das können ja die andern machen, damit die „Genossen“, wenn die Sache nicht gleich zu ausfällt, wie es wahrscheinlich wäre, tüchtig kritizieren und schimpfen können. Wir Gewerkevereine waren die ersten, die einen solchen Antrag an die Stadtgemeinde gestellt haben. Durch uns sind erst die andern Richtungen veranlaßt worden, ebenfalls Stellung zu dieser wichtigen Frage zu nehmen. Öffentlich findet unser Antrag bei den maßgebenden Instanzen Berücksichtigung. Das wäre zum Nutzen der Arbeiterschaft und der ganzen Stadtgemeinde.

Frantz Rossmann.

Stabe. Den Bemühungen des Kollegen Reuten-Gamburg ist es geglückt hier in Stabe eine Zastelle des Brauerbundes zu gründen, die dem Verbands der Deutschen Gewerkevereine angeschlossen ist. Aufgabe der Kollegen, die den Wert der Organisation erkannt haben, muß es nunmehr sein, soviel Berufsangehörige heranzuziehen, daß die Gründung eines Ortsvereins vollzogen werden kann. Bei etwas Eifer und gutem Willen wird sich dieses Ziel sehr leicht erreichen lassen. Wir wünschen jedenfalls besten Erfolg.

Verbands-Teil.

Begrüßung des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine (D. D.)
Quittung über eingegangene Beiträge.
Monat Februar 1914.
Kassendirektor: Ilm 22, Einzelmitgl. 75 2,80, Fabrik- und Handarbeiter: Berlin IV 2,47, Kiel-Gaarden 1,57, Gemeindeführer: Berlin I 86,88, Rentner und Wäcker: Berlin 2,55, Ratibor 0,90, **Ratier, Graphische Berufe:** Augsburg 0,24, Stettin I 1,80, Jittau 5,28, Maschinenbau- und Metallarbeiter: Göttingen 6,50, Reutlingen 15,47, Einzelmitgl. 857 2,34, 3191 1,50, 8975 1,20, **Porzellanarbeiter:** Annaburg 2,08, Maßhütte 8,32, Einzelmitgl. 1125 3,12, 282 1,82, 1576 2,34, 884 3,12, **Schneider:** Berlin 62,72, Breslau II 31,82, Eberbach 8,97, Elberfeld 3,25, Erlangen 43,16, Königsberg 6,24, Leipzig 12,87, Stettin 22,88, Einzelmitgl. 1505 2,80, 1800 4,88, 883 1,58, 180 3,12, 1798 2,34, **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Borch 12,67, Berlin-9, 18, **Fahnenmacher 9,82, Forst III 12,09, Ilm 5,48, Hauptkassier 23,57, Einzelmitgl. 1174 2,34, 3703 2,39, 1209 4,88, **Textilarbeiter:** Apolda 20,54, Göttingen 15,88, Grimmitzschau 2,85, Eibau 1,20, Jagen 1,96, Sagan 23,40, Spremberg 5,76, Einzelmitgl. 1588 0,90, **Wäcker:** Rathenow 25, —, **Hauptkassier:** Einzelmitgl. 8850 1,17, 2836 2,34, 3008 3,12, 3685 1,58, Summa 520,73 Mark.**

Berlin, im März 1913.
A. Klein, Hauptkassierer. **F. Reukardt,** Hauptkontrollierer.
Versammlungen.
Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (D. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221/23, Mittwoch, 25. März, abds. 8½ Uhr. Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Eigner über: „Rechtsfragen des täglichen Lebens“.
Gewerkevereins-Liebertafel (D. D.) Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr. Übungsstunde i. Verbandshaus d. Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste will. —
Orts- und Regionalverbände.
Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abds. 8½ Uhr, Vertreter - Sitzung im Burghof-Gesellschaftshaus, Bremen, Reiterstraße. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 43. —

Deffau. Gewerkevereins-Liebertafel jeden Mittwoch, abds. 8½-11 Uhr. Übungsst. i. Verchl. „Fasan“, Marktstr. — **Elberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenkämpfer, Elberfeld, Büchelstr. und Erholungstr. — **Frankfurt a. O. (Gewerkevereins-Liebertafel).** Jeden Freitag von 8—10 Uhr. Übungsstunde im Vereinslokal, Köpferstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen! — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr. Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abds. 6—8 Uhr, Distrikts-Sitzung im Verchl. Lokal von C. Simon, Alter Markt. — **Hannover d. Nachen.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abds. 8½ Uhr. Distriktsabend bei Subwitz-Hamburg (Ortsverband). Jeden 2. Freitag im Monat, 8½ Uhr. Ortsverband-Vertreter-Sitzung bei Rose, Gelestr. — **Hamburg (Gewerkevereins-Liebertafel).** Jeden Montag von 9 bis 11 Uhr bei Grell, Lagerstraße 2. — **Hamburg (Gewerkevereins-Liebertafel).** Jeden Donnerstag Übungsstunde bei Thöner in Altona, Elmshöfnerstraße 48—50. — **Herrn (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung h. Ww. Bllh. Ruhe, Bahnhoff, gegenüb. der evang. Kirche. — **Hierstein. Distriktsabend** jeden 2. Mittwoch bei Gltpe. — **Köln (Ortsverb.).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr. Vertreter-Sitzung in der Benz-Erholung, Kreuzgasse. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liebertafel).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch, abds. 9—11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und Nichtmitglieder sind herzlich willkommen. — **Leipzig (Ortsverb.).** Sonntag, 29. März, nachm. 3 Uhr. Ortsverband, im Gasthof „Bärenjäger“, in Seif. Tätigkeits-u. Kasernenrat. Bericht d. sozialden. Kommission. — **Milpeltin-Nachr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter - Sitzung im Verbandshaus bei Herrn Johann Müller, Sandowstraße 88. — **Ortsverband für das obere Neuengebiet.** Sonntag, 29. März, nachm. 3½ Uhr. Vertreter-Sitzung in Regau beim Markt Jungblut. 4 Uhr. Versammlung d. selbst. Tagesordnung: a. Kass. — **Ortsverb. I.** Sonntag, den 29. März, nachm. 4 Uhr. Ortsverband-Versammlung im Gasthof zum „Schwarzen Bär“ in Gerrode. Vortrag: „Die Forderung unserer Agitation“? — **Stettin (Sängerchor d. Gewerkevereine).** Die Übungsstunden finden jeden Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Reibel, Wöhrstraße 5, statt. — **Stimmbezugs-Kollegen** herzlich willkommen. — **Stettin (Ortsverb.).** Distriktsklub. Sitzung jeden Donnerstag, abds. 9 Uhr d. Red. u. Donnerstag h. Winter i. Bredow. — **Teget (Distriktsklub)** bei Teget, Dorfstraße u. Reindorf. Sitzung jeden Dienstag, abds. 8—10 Uhr bei Römer, Schillerstraße 28, Ecke Schnebergstraße. — **Thurn (Bäder).** Jeden Sonntag nachm. 1. Ortsverband-Versammlung bei Kieckel, Maurstr. 67. — **Deffau. Distriktsklub.** Jeden Donnerstag, abds. 8—10½ Uhr. Distriktsabend beim Kollegen Gänzel. — **Weißenfels a. S. (Gesangverein „Harmonie“)** der Deutschen Gewerkevereine. Übungsstunden jeden Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Rößlergarte“. Gesangliebende Gewerkevereinskollegen sind willkommen. — **Weißenfels (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Distriktsklub in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Versammlung teilweis. u. vereinigter Gewerkevereine (D. D.) jeden Sonntag, abds. 9 Uhr. Übungsstunde im Verbandslokal „Aegina“.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

FAHNEN.
 Schärpen, Ehren diplome,
 Voreinsatzzeichen etc.
 gut und billig bei
Theobald Berkop
 in Oppeln in O.-S.

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Besprechungsorten im Werte von 75 Pf. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer Ad. Reinert, Margarethenplatz 13.

Sinzigel i. Erzgeb. (Ortsverb.). Unterführung oder Karten zur Herberge zur Heimat für durchreisende arbeitslose Kollegen bei Albin Gottschalk, Bischofau bei Chemnitz.

W. Gladbach-Rheydt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen (eben Besatzes erhalten 50 Pf. Besprechungsorten im Gewerkevereinsbüro, Hüppstraße 180, sowie bei Ring, Brinckstr. 66.

Waldenburg-Wittwasser (Ortsverband). An Durchreisende Unterführungsorten in Wittwasser bei Rudolf, Kreuzbergstr. 29, und in Waldenburg bei Tempel, Gottesbergerstr. 8. Herberge in Wittwasser: Gasthof „Schwarzer Adler“, in Waldenburg: Herberge „Zur Heimat“.

Zur Feter
 von
Stiftungsfeiern, Mitgliedsjubiläen usw.
 empfehlen wir den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Anschaffung:
 das lebenswahre Bild unseres verdorbenen Anwalts
Dr. W. Girsch,
 künstlerisch ausgeführte Photographie (Aufnahme aus den letzten Lebensjahren) im Karton 46x58 cm groß, zum Preise von
15 Mk. portofrei.
 Zum Wohnungsschmuck für Verbandsangehörige sind noch vorräthig Bilder des Anwalts in feinem Kupferdruck, 16x28 cm groß, zum Preise von 50 Pf.
 Die Beträge müssen vorher an Verbandskassierer A. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-28 eingelangt werden.

Wlogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pf. Besprechungsorten beim Kollegen Unglaube, Preußische Straße 89.

Wutzberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten ein Ortsgeheim von 1 Mk. beim Ortsverbandsvorsitzenden Fr. Bentz, Borsde Dorfstr. 68.

Saarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 30 Pfennig bei den Ortsverbandskassierern oder im Sekretariat: Saarbrücken Neuweltstr. 42.

Stettin, Württemberg (Ortsverband). Als Ortsverbandsgesellschaft erhalten durchreisende, arbeitslose Kollegen 50 Pf. bei G. Sapper, Bärnknecht, Hauptstr. 48.

Neu erschienen und vom Verbandsbureau zu beziehen sind die Broschüren:
Was der Arbeiter von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wissen muß.
 Vom Verbandsredakteur **Reinert Lewin.**
Meine Ansprüche
 aus der Unfallversicherungsgesetzgebung.
 Von Anton Erlenz.
Rechte und Pflichten aus der Krankenversicherung in der Reichsversicherungsordnung.
 Vom Verbandsvorsitzenden **Karl Goldschmidt.**

Jeder Gewerkevereiner sollte sich im eigenen Interesse für die Beschäftigung dieser Schriften sehen. Preis pro Exemplar 30 Pf., 10 Stück kosten 2,50 Mk., 20 Stück 4,75 Mk. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einsendung des Betrages zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Legnitz (Ortsverband). Besprechungsorten für durchreisende Gewerkevereinskollegen beim Ortsverbandskassierer Ditto Gentschorel, Sportstr. 30/31. Verchl. Lokal, „Prinz von Preußen“, Glogauerstraße.

Danz in Pommern. Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten ein Kaffeehaus und Frühstück oder eine kleine Besprechungsorten in der Geschäftsstelle des Ortsverbandes deutsch-nationaler Arbeiter-Bereinigungen, Gießhüttenstraße 8.

Cottbus (Ortsverband). Unsere Herberge befindet sich im Gasthof „Zum preussischen Hof“, Taubenverbandskassierer Ditto Gentschorel, Sportstr. 30/31. Verchl. Lokal, „Prinz von Preußen“, Glogauerstraße.

Worms (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgeheim von 75 Pf. im Verbandslokal „Zum Rheinthal“ (Rheinstr. 4).